

## PROTOKOLL

31. Sitzung des Kulturausschusses am Freitag, 17. April 2015,  
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 14.50 Uhr  
Ende 17.10 Uhr

---

### Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Schlieckau	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Nicholls	(SPD)	
(Ratsfrau Barth)	(CDU)	
Ratsherr Bindert	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Fischer	(CDU)	
Ratsherr Kelich	(SPD)	
Ratsherr Dr. Kiaman	(CDU)	14.50 - 16.15 Uhr
Ratsherr Kluck	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Koch	(SPD)	
Ratsfrau Pollok-Jabbi	(DIE LINKE.)	
Beigeordnete Zaman	(SPD)	

### **Beratende Mitglieder:**

(Herr Burmeister)	
Frau Dirscherl	
Frau Dr. Gafert	
(Herr Jaskulla)	
Herr M.A. Siegel	14.50 - 17.10 Uhr
(Frau Stolzenwald)	
Herr Sydow	14.50 - 17.10 Uhr
(Frau Thome-Bode)	

### **Grundmandat:**

(Ratsfrau Bruns)	(FDP)
Ratsherr Engelke	(FDP)
Ratsherr Wruck	(DIE HANNOVERANER)

### **Verwaltung:**

Stadträtin Drevermann	
Frau Dr. Schelle-Wolff	42 Bibliothek, Schule, Museen und Kulturbüro
Frau Weymann	43 Bildung und Qualifizierung
Herr Clark	46 Herrenhäuser Gärten

## Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
3. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen vom 19.12.2014 und 20.02.2015
4. Antrag der CDU-Fraktion zu einem Konzept "Integrationschancen für in Hannover lebende Flüchtlinge verbessern"  
(Drucks. Nr. 0696/2015)
5. Antrag der SPD-Fraktion zu einer Anhörung "Kulturmarketing"  
(Drucks. Nr. 0739/2015)
6. Umbenennung der Freizeitheime / Empfehlung des Stadtbezirksrats Ricklingen  
(Drucks. Nr. 0108/2015)
- 6.1 Umbenennung der Freizeitheime / Empfehlung des Stadtbezirksrats Ricklingen  
(Drucks. Nr. 0108/2015 E1 mit 1 Anlage)
7. Veränderung des Anhangs der Benutzungsbedingungen - Stadtbibliothek Hannover  
(Drucks. Nr. 0425/2015 mit 1 Anlage)
8. Honorare für die DozentInnen der VHS Hannover  
(Drucks. Nr. 0439/2015 mit 2 Anlagen)
9. Entgelte für die Teilnahme an Volkshochschulkursen  
(Drucks. Nr. 0455/2015 N1 mit 2 Anlagen)
10. Neue Mitglieder des Theaterbeirats  
(Drucks. Nr. 0617/2015)
11. Stadtteilkulturarbeit in Hannover - Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven  
(Informationsdrucks. Nr. 0331/2015 mit 2 Anlagen)
12. Gemeinsam interkulturelle Stärken leben – Bilanz und Perspektiven von 10 Jahren Netzwerk ALBuM  
(Informationsdrucks. Nr. 0760/2015)
13. Bericht der Dezernentin

## **TOP 1.**

### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

**Beigeordneter Schlieckau** eröffnet die 31. Sitzung des Kulturausschusses und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass dem Kulturausschuss zu TOP 6 eine Ergänzungsdrucksache (TOP 6.1) vorliegt.

Beigeordnete Zaman zieht die unter TOP 10 zu verhandelnde Drucksache Nr. 0617/2015 für die SPD in die Fraktionen.

**Beigeordneter Schlieckau** stellt die Tagesordnung fest.

## **TOP 2.**

### **EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE**

**Einwohner (1)** fragt, warum für das Museum August Kestner (MAK) bzw. seine Objekte kein Leih- und Tauschverkehr mehr zugelassen wird. Damit würde die internationale Reputation des MAK beschädigt und man verzichte zudem auf Einnahmen aus dem Leihverkehr. Eine Stiftung, die dem MAK Objekte zu Verfügung überlässt, muss dieses Verhalten hinterfragen, bewerten und notfalls ihr Eigentum zurückziehen.

**Herr Dr. Schwark** antwortet, dass das MAK weiterhin seine Museumsobjekte verleiht und auch Leihgaben anderer Museen in Anspruch nimmt. Bei jeder Anfrage müsse jedoch auf den Einzelfall bezogen abgewogen werden, ob man der Verantwortung für das eigene oder das anvertraute Objekt gerecht werde.

**Stadträtin Drevermann** ergänzt, dass mit dem Verleih eines Museumsobjektes keine Einnahmen sondern Aufwandsvergütungen verbunden sind.

**Einwohner (1)** insistiert und stellt fest, dass kürzlich eine konkrete Anfrage an das MAK für eine Ausstellung in Japan abgelehnt wurde. Die Anfrage bezog sich sowohl auf Objekte des Museumsbesitzes wie auf Stiftungseigentum im Besitz des MAK.

**Stadträtin Drevermann** informiert, dass man für die anvertrauten Objekte ausschließlich Empfehlungen ausspreche.

**Herr Dr. Schwark** antwortet, dass die angefragten Museumsobjekte Teile der Dauerausstellung sind, die deshalb nicht entliehen werden, weil sie gezeigt werden sollen. Den Verleih von Stiftungseigentum könne man nicht ablehnen.

Im Einzelnen wird sich die Verwaltung unter TOP „Bericht der Dezernentin“ äußern.

## **TOP 3.**

### **Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen vom 19.12.2014 und 20.02.2015**

**Genehmigt**

#### **TOP 4.**

#### **Antrag der CDU-Fraktion zu einem Konzept "Integrationschancen für in Hannover lebende Flüchtlinge verbessern" (Drucks. Nr. 0696/2015)**

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, ein Konzept „Integrationschancen für in Hannover lebende Flüchtlinge verbessern!“ zu erstellen. In diesem Konzept sollen u.a. folgende Maßnahmen vorgestellt werden:

- 1.) Wie durch den Einsatz von Sozialarbeit in allen Gemeinschaftsunterkünften und in den dezentralen Individualwohnungen die Betreuung der Flüchtlinge verbessert werden kann;
- 2.) Die Organisation von Sprachkursen für alle Flüchtlinge, zum Erlernen von Grundkenntnissen zur Alltagsbewältigung. Die ehrenamtliche Unterstützung sollte hierbei mit berücksichtigt und koordiniert werden;
- 3.) Wie die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für Flüchtlinge im allgemeinen Wohnungsmarkt vorangetrieben, geplant und durchgeführt werden kann.
- 4.) Wie die Zuweisung und Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen in die für sie passenden Schulen organisiert wird und die Einhaltung der Schulpflicht gewährleistet wird.
- 5.) Wie die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt (entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten) erleichtert werden kann, beispielsweise durch den Aufbau einer Kooperation mit dem Jobcenter/Arbeitsagentur und den örtlichen Kammern bzw. Betrieben. Die Unterstützung und Begleitung bei der Anerkennung der ausländischen Abschlüsse ist dabei ebenso zu beachten wie die Vermittlung von Ausbildungsplätzen.
- 6.) Aufbau eines Netzwerks mit allen relevanten Akteuren wie Ausländerbehörde, Sozialverwaltung, Bildungsbüro, Quartiersmanagement u.a., Stiftungen, Integrationsbeiräte, Freiwilligenagentur, Wohlfahrtsverbände, Integrationslotsen, Jobcenter, VHS und Verbänden.

**2 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

#### **TOP 5.**

#### **Antrag der SPD-Fraktion zu einer Anhörung "Kulturmarketing" (Drucks. Nr. 0739/2015)**

**Beigeordneter Schlieckau** macht darauf aufmerksam, dass die hier beantragte Anhörung zum „Kulturmarketing“ mit dem Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten abgestimmt werden muss.

Er informiert, dass für alle Fraktionen ein Vorschlagsrecht zu Fragen und Gästen besteht, die für die Vorbereitung der Anhörung berücksichtigt werden. Innerhalb der kommenden zwei Wochen sollten diese Vorschläge erfolgen, damit die Anhörung vor der Sommerpause realisiert werden kann.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Termin eine Anhörung zum Thema Kulturmarketing durchzuführen.

Als ExpertInnen werden dazu u.a. eingeladen:

- Katrin Hieke, Projektleiterin für die projekt2508 Kultur- und Tourismusmarketing
- ein/e Vertreter/in der Stadt/der Tourismusgesellschaft Frankfurt am Main
- ein/e Vertreter/in der Stadt/der Tourismusgesellschaft Leipzig
- Frau Carmen Heichel, Leiterin Kulturmarketing der Stadt Karlsruhe
- Hans Nolte, Geschäftsführer Hannover Marketing und Tourismus GmbH

Im Rahmen der Anhörung sollen die folgenden Fragen thematisiert werden:

- Welche Konzepte des Kulturmarketings werden in anderen Städten unter welchen Voraussetzungen umgesetzt?
- Gibt es erfolgreiche Ansätze um die Vielfalt der kulturellen Einrichtungen ganzheitlich zu vermarkten und welche Ressourcen werden hierfür benötigt?
- Welche konzeptionellen Ansätze finden im Kulturmarketing zur Erreichung unterschiedlicher Zielgruppen (z.B. Einwohner und externe Besucher) Anwendung?

## **Einstimmig beschlossen**

### **TOP 6.**

#### **Umbenennung der Freizeitheime / Empfehlung des Stadtbezirksrats Ricklingen (Drucks. Nr. 0108/2015)**

**Ratsherr Dr. Kiaman** stellt fest, dass die Bezirksräte in großer Zahl gegen die Verwaltungspläne zur Umbenennung der Freizeitheime gestimmt hätten und die CDU-Fraktion könne ebenfalls keinen Nutzen in einer Umbenennung zum Stadtteilzentrum erkennen.

**Herr Siegel** sekundiert und nennt den Verwaltungsvorschlag arrogant, da er den Wunsch der Einwohnerinnen und Einwohner ignoriert.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** sagt, die Umbenennung würde alle Einrichtungen gleich machen und die gewachsenen Unterschiede einebnen. Nicht die Verwaltung, sondern die Bürgerinnen und Bürgern in den Bezirken sollten einen Namen auswählen.

**Ratsherr Wruck** bezeichnet den Begriff „Stadtteilzentrum“ als irreführend, da die Freizeitheime nicht im Zentrum der Bezirke stehen.

**Ratsherr Nicholls** weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion im Gespräch vor Ort nicht den Eindruck gewonnen habe, die Menschen seien gegen die Umbenennung.

**Ratsherr Kluck** erläutert, dass die Bezeichnung Freizeitheim veraltet und den meisten Menschen nicht mehr geläufig sei. Heime würden eher als Übernachtungsmöglichkeit verstanden.

Im Sinne eines gesamtstädtischen Marketings sei es sinnvoll, eine Benennung zu wählen, die vielen Menschen den Nutzen der Einrichtung begreiflich macht.

Er weist darauf hin, dass die Eigenständigkeit der Einrichtungen durch die Umbenennung nicht verloren geht. Die Nutzer und die Konzepte am Ort werden nie gleich werden.

**Ratsherr Kluck** fragt, wessen Angelegenheit die Benennung im rechtlichen Sinne sei.

**Frau Weymann** antwortet, dass die Namensgebung dem Rat zugesprochen wird, da das Kommunalverfassungsrecht das Benennungsrecht bei dieser Art von Einrichtungen an eine Bedeutung, über den Stadtbezirk hinaus bindet. Der Nutzerkreis kommt in allen Freizeitheimen - mit weit mehr als den geforderten fünf Prozent - nicht aus dem Stadtbezirk und bestätigt deren überbezirkliche Bedeutung.

**Stadträtin Drevermann** führt aus, dass der Begriff „Freizeitheim“ historisch in Opposition zu dem des „Erwerbsleben“ stand. Die heutige Nutzung geht aber darüber hinaus, denn dort treffen sich Vereine, findet politische Beteiligung statt, werden u.a. Bildungs- und Weiterbildungsangebote wahrgenommen.

Auch in Zukunft werden die Leitungen dieser Einrichtungen im Dialog mit dem Stadtteil sein, obwohl hier ein gemeinsames Dach in der Begrifflichkeit gesucht wird.

Antrag,

**zu beschließen:**

die Freizeitheime Linden, Vahrenwald, Ricklingen, Lister Turm, Stöcken und Döhren, das Freizeit- und Bildungszentrums „Weiße Rose“ und den Stadteiltreff Sahlkamp in

**Stadtteilzentrum Linden**

**Stadtteilzentrum Vahrenwald**

**Stadtteilzentrum Ricklingen**

**Stadtteilzentrum Lister Turm**

**Stadtteilzentrum Stöcken**

**Stadtteilzentrum Döhren**

**Stadtteilzentrum Weiße Rose Mühlenberg**

**Stadtteilzentrum Sahlkamp**

umzubenennen.

**7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 6.1**

**Umbenennung der Freizeitheime / Empfehlung des Stadtbezirksrats Ricklingen  
(Drucks. Nr. 0108/2015 E1 mit 1 Anlage)**

Antrag,

dem Änderungsantrag des Stadtbezirksrates Herrenhausen–Stöcken, Drucksachen Nr. 15-0621/2015, in den Punkten 1. und 2. nicht zu folgen.

**7 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

#### **TOP 7.**

#### **Veränderung des Anhangs der Benutzungsbedingungen - Stadtbibliothek Hannover (Drucks. Nr. 0425/2015 mit 1 Anlage)**

**Ratsherr Wruck** bezeichnet die Erhöhung der Leseausweisgebühren für die Stadtteilbibliothek auf jetzt 24 Euro als übermäßig. Insbesondere die Teilnahme von schwächer gestellten Einwohnerinnen und Einwohner stehe bei einer Erhöhung von 20 Prozent in Frage.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** merkt an, dass benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Ermäßigung zusteht, die sie von den Härten einer Erhöhung ausnimmt.

**Beigeordneter Schlieckau** führt aus, dass die Erhöhung der Gebühren bereits mit dem Haushalt beschlossen war. Heute liege die Ausgestaltung in Benutzungsbedingungen zum Beschluss vor.

Antrag zu beschließen,

die Benutzungsbedingungen der Stadtbibliothek Hannover mit dem Anhang und der Hausordnung zu ändern.

Sachkonto 34614000 – Privatrechtliche Benutzungsgebühren

**Einstimmig beschlossen**

#### **TOP 8.**

#### **Honorare für die DozentInnen der VHS Hannover (Drucks. Nr. 0439/2015 mit 2 Anlagen)**

Antrag,

zu beschließen, dass die Honorare für die KursleiterInnen der Volkshochschule Hannover (VHS) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 gemäß Anlage 1 und 2 neu festzusetzen.

**Einstimmig beschlossen**

#### **TOP 9.**

#### **Entgelte für die Teilnahme an Volkshochschulkursen (Drucks. Nr. 0455/2015 N1 mit 2 Anlagen)**

Antrag,

zu beschließen, dass die Kursentgelte und damit verbunden die Kalkulationsregeln für Kurse und Leistungen der Volkshochschule (VHS) mit Wirkung zum Herbstsemester 2015 gemäß Anlage 1 und 2 neu festgelegt werden.

**Einstimmig beschlossen**

**TOP 10.**  
**Neue Mitglieder des Theaterbeirats**  
**(Drucks. Nr. 0617/2015)**

Antrag,

zu beschließen:

in den Beirat zur Förderung des Freien Theaters in Hannover (Theaterbeirat) werden für die Zeit vom 1.6.2015 bis 31.5.2019 folgende Mitglieder neu bzw. erneut berufen:

- Dorit Klüver (neu)
- Yasemin Yilmaz (neu)
- Wilfried Köpke (neu)
- Martina Mußmann (erneut)
- Andreas Cyrenius (erneut)
- Holger Warnecke (erneut)

Biografische Angaben:

**Dorit Klüver** ist 1961 in Hamburg geboren und hat dort bis zum Abitur gelebt. Sie hat zwei erwachsene Töchter. In Rheinbach bei Bonn hat sie eine Ausbildung zur Gestaltungstechnischen Assistenten absolviert. Anschließend hat sie in Hildesheim Kulturpädagogik mit den Schwerpunkten Bildende Kunst, Literatur, Psychologie und Pädagogik studiert und das Studium mit Diplom abgeschlossen. Während des Studiums und auch im Anschluss hat sie an der Universität, der Fachhochschule, der Volkshochschule und für andere Bildungsträger Fotoseminare angeboten. Ebenfalls während des Studiums hat sie zwei Kulturvereine mitbegründet und für sie haupt- und ehrenamtlich gearbeitet. Ihr Schwerpunkt lag bei der Entwicklung und Umsetzung spartenübergreifender soziokultureller Projekte. Seit 2000 arbeitet sie für die Landearbeitsgemeinschaft Soziokultur (LAGS) in Hannover. Sie entwickelt Tagungen und Fortbildungen, vernetzt die Geschäftsführer der soziokulturellen Zentren und die Kulturschaffenden in ländlichen Räumen, entwickelt Projekte, ist zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der LAGS und konzipiert Ausstellungen. Zurzeit entwirft sie ein Forschungsvorhaben zur Zukunftsfähigkeit der Soziokultur gemeinsam mit anderen Landesverbänden. Sie hat in der Jury der Stiftung Niedersachsen im Rahmen des Förderschwerpunkts soziOK mitgewirkt und vertritt die LAGS als Vorstandmitglied in der Freiwilligenakademie Niedersachsen.

**Yasemin Yilmaz** lebt in Hannover, Berlin und Barcelona und arbeitet national wie international als Bildende Künstlerin und Kuratorin. Ihre Werke sind in namhaften Kollektionen in Deutschland, Italien, Rumänien, Ägypten, Türkei, Argentinien, Namibia, Indien, Spanien, Oman, VAE und den USA vertreten. Im Jahre 2008 initiierte sie u. a. das weltweit auf Ausstellungstournee gegangene und konzeptionell angelegte Projekt „Globalisierung-Verbindungen-Zeit“. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft der UNESCO Nationalkommission Deutschland und involvierte die Teilnahme internationaler Künstler. In 2013 absolvierte sie an der Leibniz Universität die Weiterbildung zur Kulturmanagerin. Seit 2014 ist sie Mitglied im Gremium der Filmförderung Schleswig-Holstein.



**Wilfried Köpke** hat Philosophie, Theologie, Erwachsenenpädagogik und Journalistik in München, Frankfurt und Hannover studiert. Nach Festanstellungen als Redakteur u.a. bei SAT.1, hier als freier Fernsehjournalist für lange Formate (Features, Reportagen, Essays) und als Autor u.a. für die ARD-Anstalten, ARTE, Die Zeit, ist er seit 2004 Professor für Fernseh- und Kulturjournalismus an der Hochschule Hannover.

**Martina Mußmann** studierte Geschichte, Germanistik, Klassische Philologie, Kunstgeschichte und Volkskunde in Göttingen. Die Ausbildung zur Studienrätin schloss sie 1987 am Studienseminar in Fulda / Bad Hersfeld ab. Nach Erwerb einer Zusatzqualifikation beim Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft war sie mehrere Jahre als Dozentin in der Erwachsenenbildung in Niedersachsen und Hessen tätig. Von 1989 bis 2005 arbeitete sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin / Wissenschaftliche Leiterin und Pädagogin im Ausstellungs-, Museums- und Gedenkstättenbereich in Göttingen und in der Region Hannover. Parallel dazu leitete sie von 2004 bis 2008 den Aufbau eines Projekts zur Sprach- und Lesekompetenzförderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher, das von Hannover ausgehend inzwischen bundesweite Niederlassungen hat. Seit 2008 zeichnet sie im Team Kultur der Region Hannover für die alle Kultursparten umfassende Kulturförderung aus Regions- und Landesmitteln verantwortlich.

**Andreas Cyrenius** hat an der Filmklasse Prof. Uwe Schrader im Fachbereich Bildende Kunst der Fachhochschule Hannover Filmregie studiert. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Kurzfilme, einige Musikvideos und ein Langspielfilm. Der Cast setzte sich aus Schauspielstudenten/Innen und Schauspielern/Innen der hannoverschen Theaterszene zusammen. Neben Regie- und Dramaturgiepraktika an Schauspiel- und Opernhaus, arbeitete er als Kameramann und Cutter an Theateraufführungen, Imagefilmen und Werbeclips. Im Jahre 2008 schloss er sein Studium mit Diplom ab. Der Schauspielerin und Regisseurin Klara Höfels half er in Berlin beim Aufbau eines Autorentheaters. Weitere Erfahrungen in seinem Metier sammelte er als Assistent an den Sets einiger Fernsehspielfilme. 2009 erhielt er von der Nordmedia Fonds GmbH für Niedersachsen und Bremen eine Drehbuchförderung und arbeitet seit dem als freier Drehbuchautor und Regisseur in Hannover.

**Holger Warnecke** hat Germanistik, Soziologie und Geografie für das höhere Lehramt in Hannover studiert und arbeitet seit über 20 Jahren als Theaterpädagoge und Regisseur mit Jugendlichen und Erwachsenen. Seine Theaterausbildung erhielt er u.a. bei Andreas Kriegenburg, Stephan Bachmann, Roystone Maldoom und erarbeitete 23 große und zahlreiche kleinere Theaterinszenierungen. Seit 2009 ist er Fachleiter für Darstellendes Spiel am Studienseminar I in Hannover und in diesem Rahmen für die Ausbildung von Gymnasiallehrern verantwortlich. Er unterrichtet als Oberstudienrat an der Goetheschule Hannover Jugendliche im Fach Theater und ist Lehrbeauftragter für Darstellendes Spiel an der Universität Hannover, darüber hinaus ist er Kommunikations- und Rhetoriktrainer.

## **Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen**

### **TOP 11.**

#### **Stadtteilkulturarbeit in Hannover - Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven (Informationsdrucksache Nr. 0331/2015 mit 2 Anlagen)**

Eine **Mitarbeiterin des Bereichs Stadtteilkulturarbeit** präsentiert eine Bestandsaufnahme zu den Gebäuden in denen die Stadtteilkultureinrichtungen untergebracht sind. Sie erläutert weiterhin die Empfehlungen des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft

e.V., deren Einsichten in einem Dialogprozess mit den Fachkräften und Ehrenamtlichen der 23 Einrichtungen erarbeitet wurden.

**Beigeordnete Zaman** merkt kritisch an, dass mit dem Haushaltsbegleitantrag von SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen von der Verwaltung auch gefordert wurde, den Raumbedarf der Stadtteilkultureinrichtungen für die Zukunft zu formulieren. Diese Antworten müssten nachgeliefert werden.

**Stadträtin Drevermann** antwortet, dass die Ausarbeitung dieser Ziele voraussetzt, dass die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden könnten. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an diesen Prozessen kann nur glaubhaft sein, wenn die Befragungsergebnisse auch mit möglichen Realisierungen korrespondieren.

Wenn ein Investitionsrahmen zur Verfügung steht, sind auch kurzfristig Szenarien der Beteiligung umsetzbar.

**Beigeordnete Zaman** insistiert und fragt, für welche Einrichtungen sich der Bau- und Sanierungsbedarf so präzisieren lässt, dass Anträge von den Fraktionen vorbereitet werden könnten.

**Stadträtin Drevermann** verweist auf die Einrichtungen in Linden, Döhren, Ricklingen und Rathaus Misburg, deren Erneuerungsbedarf in der Präsentation herausgestellt wurde.

**Ratsfrau Dr. Koch** fragt, ob die städtischen Einrichtungen nur von hauptamtlichen Fachkräften oder auch von Ehrenamtlichen unterstützt bzw. durch Freundeskreise begleitet werden. Sie vermutet, dass ehrenamtlich geführte Einrichtungen mehr Aktivitäten hervorbringen.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** widerspricht und lobt ausdrücklich das persönliche Engagement der ihr bekannten Geschäftsführungen in den hauptamtlich geführten Häusern.

**Stadträtin Drevermann** antwortet, dass ehrenamtlich geführte Vereine und andere Nutzer die Partner der Stadtteilkulturarbeit vor Ort sind. Die städtischen Einrichtungen werden jedoch ausschließlich von engagierten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleitet. Die Einrichtungen, die durch ehrenamtliche Vereinsvorstände geführt werden, beschäftigen hauptamtliche pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die **Mitarbeiterin** ergänzt, dass nur im Lister Turm ein Freundeskreis besteht, der sich insbesondere der Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Nutzung des Gebäudes widmet. Für die anderen Einrichtungen hat sich kein entsprechender Verein konstituiert, obwohl hier wie dort viele ehrenamtlich und begeistert im Stadtteil aktiv sind. Am Merkmal „ehrenamtlich“ oder „hauptamtlich geführt“ lasse sich aber nicht die Qualität einer Einrichtung messen.

**Stadträtin Drevermann** weist auf den kommenden NordWest-Dialog am 4. und den SüdOst-Dialog am 5. Mai hin. Deren Ziel wird es sein, eine Antwort zu finden für die Frage, wie sich die Arbeit der Einrichtungen verbessern lässt und an welchen Kriterien dies zu messen ist.

**Ratsfrau Dr. Koch** fragt weiter, ob die Freizeitheime wirtschaftlich arbeiten. Die Gastronomien in den Einrichtungen leisten, so scheint es ihr, keinen ausreichenden Beitrag.

**Stadträtin Drevermann** antwortet, dass es nicht die Aufgabe der Stadtteilkultureinrichtungen sei, ihre Betriebsaufwendungen vollständig gegen zu finanzieren. Die Stadtteilzentren sollen vielmehr ihre kultur- und bildungspolitische Aufgabe wahrnehmen und sie sollen einen im Haushalt festgelegten Einnahmebeitrag erwirtschaften; was sie erfolgreich tun.

Der wirtschaftliche Beitrag den die Gastronomen leisten, hängt von den Standorten und den jeweiligen privatwirtschaftlichen Betreibern ab.

**Ratsherr Kluck** fragt, ob der Eigentümerwechsel für die Einrichtung in der Südstadt abgeschlossen ist.

Die **Mitarbeiterin des Bereichs Stadtteilkulturarbeit** teilt mit, dass die Stadt in diesem Gebäude Mieter ist und die Kirche als bisheriger Eigentümer einen Gesprächstermin anberaumt hat, zu dem die Verwaltung über die Sachstände informiert werden soll.

**Ratsherr Kluck** weist auf die in den Institutsempfehlungen genannte Herausforderung hin, dass die Einrichtungen aktiv an der Überwindung der Digitalen Spaltung mitarbeiten sollen. Er fragt, welche Einrichtungen für diese Aufgabe bereits gerüstet seien.

Die **Mitarbeiterin** berichtet über die Lernoase im Freizeitheim Vahrenwald, die exemplarisch eine neue Zugangsweise zu digitalen Angeboten ermöglicht und pädagogisch unterstützt. Die Lernoase mit ihren Pädagogen leitet Nutzer an, die hier nicht an Kursen teilnehmen, sondern mit konkreten privaten Interessen teils unangemeldet auftauchen.

**Stadträtin Drevermann** ergänzt, dass auch das Lernzentrum im Rathaus Linden einen Beitrag zu diesem Thema leistet. Hier wird u.a. deutlich, dass digitale Nutzungsbedürfnisse nicht unbedingt zur Vereinzelung sondern auch zu sozialer Organisation mit Gleichgesinnten führen können. Die Anfragen zur Raumnutzung belegen das.

**Ratsherr Kluck** fragt, ob die Einrichtungen auch medienpädagogische Angebote, z. B. zum Umgang mit Mobiltelefonen, bieten.

Die **Mitarbeiterin des Bereichs Stadtteilkulturarbeit** nennt beispielhaft den Kulturtreff Vahrenheide und das Freizeitheim Vahrenwald, die in medienpädagogischen Kursen über den Wert und den Schutz von persönlichen Daten informieren.

Sie berichtet darüberhinausgehend über ein Projekt, begleitet von Künstlerinnen, die Jugendliche anleiten, mithilfe von Mobiltelefonen Filme zu produzieren.

**Zur Kenntnis genommen**

**TOP 12.**

**Gemeinsam interkulturelle Stärken leben – Bilanz und Perspektiven von 10 Jahren  
Netzwerk ALBuM  
(Informationsdrucksache Nr. 0760/2015)**

**Zur Kenntnis genommen**

### **TOP 13.**

#### **Bericht der Dezernentin**

**Beigeordnete Zaman** fragt, ob es neue Informationen zur Begehbarkeit der Waterloosäule gibt.

**Stadträtin Drevermann** antwortet, dass der Antrag zur Waterloosäule (DS Nr. 2834/2014) mit einer Informationsdrucksache von der Verwaltung beantwortet wird. Aktuell kann mitgeteilt werden, dass die vier jährlichen Begehungen, die die Landeshauptstadt in Kooperation mit der HAZ und der Baudenkmalstiftung durchführt, ab sofort wieder aufgenommen werden.

Anlässlich des historisch bedeutsamen 200. Jahrestages der Schlacht von Waterloo haben die städtischen Museen ein Vortragsprogramm konzipiert.

**Stadträtin Drevermann** informiert, dass der Fachbereich Gebäudemanagement die Haushaltsunterlage für den Umbau des Künstlerhauses vorbereitet, so dass ein Beschluss durch die Ratsgremien im 2. Halbjahr 2015 möglich ist.

Sie teilt mit, dass die Auflage des Innovationsfonds eine große Menge an Bewerbern aktiviert hat. Noch im Mai 2015 soll der eigens einberufene Beirat aus den Bewerbungen auswählen. Die Ergebnisse werden dem Kulturausschuss umgehend per Beschlussdrucksache mitgeteilt.

**Ratsfrau Pollok-Jabbi** fragt, ob es einen Sachstand zur beschlossenen Beschaffung eines barrierefreien Bücherbusses gibt.

**Stadträtin Drevermann** berichtet, dass eine gute Lösung gefunden wurde, die im kommenden Ausschuss vorgestellt wird. Der barrierefreie Zugang wird über das Heck des Busses erfolgen, was zu einer veränderten Auswahl der Standorte führt. Die Zugangssicherheit im Straßenverkehr wäre an einigen der bisherigen Aufstellorte nicht zu gewährleisten gewesen. Auch zu diesen Veränderungen wird der Ausschuss informiert.

**Stadträtin Drevermann** erinnert an die bevorstehenden Dialogveranstaltungen zur Zukunft der Kultur- und Bildungsnetzwerke in Hannover am 4. und 5. Mai in der Orangerie Herrenhausen.

**Stadträtin Drevermann** lädt für den 6. Mai - ebenfalls in die Orangerie - zu einer Veranstaltung der Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit der Region Hannover zum Thema „Deutsch lernen im Einwanderungsland“ ein.

**Herr Dr. Schwark** greift das Thema „Ausleihe von Museumsobjekten“ der heutigen Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde auf und führt aus, dass die personellen und finanziellen Möglichkeiten der Museen der Bearbeitung von Leihanfragen Grenzen setzen. Es betont, dass für das Museum August Kestner (MAK) kein Ausleihverbot besteht, aber dass man die Aktivität reduziert habe.

**Beigeordnete Zaman** fragt, ob der Einsatz von Personal für die Bearbeitung des Leihverkehrs, dem Leihnehmer in Rechnung gestellt werden könnte.

**Herr Dr. Schwark** antwortet, dass die städtischen Museen den üblichen Leihverkehr personell bewältigen können, nur wenn ein Übermaß an Kosten entstehe, würden Grenzen der Belastbarkeit erreicht.

Wenn allerdings eine Leihgabe restauriert werden muss, bevor die Entleiherung möglich wird, dann trägt die Kosten immer der Leihnehmer.

**Herr Dr. Schwark** erinnert, dass der Zusammenschluss von MAK und Historischem Museum zum Museumsverbund ausdrücklich mit der notwendigen Bildung von neuen Schwerpunkten und Profilen verbunden wurde. Wenn die neuen Konzepte der Museen abgeschlossen sind, dann werden die Objekte der Häuser Bestandteil dieser Konzepte sein und sollten nicht ausgeliehen sein. Die erwartete Steigerung der Besucherzahlen kann ebenfalls nur mit der Ausstellung des eigenen Besitzes erreicht werden.

Die Museen besitzen neben ihrem Eigentum auch Objekte von Stiftungen und anderen Gebern, die über den Verleih selbstständig entscheiden. Stiftungseigentum an ein Museum zu übergeben, beinhaltet, dass das Museum aus Steuermitteln für die Pflege, Erforschung und den Verleih aufkommt.

Die Museen beraten den Eigentümer, ob ein Objekt für den Verleih geeignet ist; sie entscheiden nicht.

**Herr Siegel** fragt, ob ein reduzierter Leihverkehr des MAK oder des Historischen Museums Auswirkungen auf die Leihbereitschaft anderer Museen haben könnte.

**Stadträtin Drevermann** sieht hier keine Folgen.

Sie ergänzt, dass in diesem speziellen Einzelfall der Stiftung als Eigentümer eine Ausleihgebühr geboten wurde, wenn deren Objekt und weitere aus dem städtischen Eigentum für eine Ausstellung entliehen würden. Die Stadt hat der Stiftung abgeraten, da ihr Objekt beschädigt werden könnte, und war außerdem nicht bereit eigene Objekte zu entleihen. Sie betont, dass sich die Landeshauptstadt generell weder mit dem Angebot einer Ausleihgebühr noch durch den möglichen Entzug von Stiftungsbesitz beeinflussen lässt, wenn sie in der Sache begründet anderer Ansicht ist.

**Stadträtin Drevermann** schlägt vor, die kommende Sitzung zeitlich an die Schlüsselübergabe für den Neubau Sprengel Museum anzupassen und die Sitzung in das Museum zu verlegen. So könne man eine der letzten Möglichkeiten für eine exklusive Besichtigung nutzen. Die Verwaltung wird einen Termin prüfen und den Änderungsvorschlag mitteilen

**Beigeordneter Schlieckau** schließt die Sitzung um 17.10 Uhr.